

*Sammelrezension*

Riescher, Gisela, und Beate Rosenzweig (Hrsg.). *Partizipation und Staatlichkeit. Ideengeschichtliche und aktuelle Theoriediskurse*. Stuttgart. Franz Steiner Verlag 2012. 267 Seiten. 47,00 €.

De Nève, Dorothée, und Tina Olteanu (Hrsg.). *Politische Partizipation jenseits der Konventionen*. Opladen u.a. Verlag Barbara Budrich 2013. 305 Seiten. 29,90 €.

Nicht nur die Demonstrationen gegen den Neubau des Stuttgarter Hauptbahnhofs, gegen die Energiepolitik der Bundesregierung oder jüngst auch die Proteste gegen die Konsolidierungspolitik der „Troika“ in Madrid, Athen und Frankfurt/Main, sondern auch die in den vergangenen Jahren zu beobachtende Konjunktur direktdemokratischer Entscheidungsprozesse oder von Bürgerhaushalten und Mediationsverfahren scheinen all jene Lügen zu strafen, die von einem Verfall der Demokratie oder gar von postdemokratischen Verhältnissen sprechen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen stellen *Gisela Riescher* und *Beate Rosenzweig* in dem Band „Partizipation und Staatlichkeit“ „die Frage nach den Möglichkeiten“ einer „fortgesetzten partizipativen Erneuerung“ (15) der Demokratie. Um diese Frage zu beantworten, soll eine „kritische Bestandsaufnahme und Analyse der zentralen ideengeschichtlichen und aktuellen Theoriedebatten zum Verhältnis von Partizipation und Staatlichkeit“ (15) erfolgen.

Im Zentrum des ersten Abschnitts steht das Spannungsverhältnis zwischen liberalen und republikanischen Auffas-

sungen von Partizipation. *Jürgen Gebhardt* beginnt seinen Aufsatz über „Politische Ordnung und bürgergesellschaftliche Selbstregierung“ mit der Unterscheidung zwischen einem „herrschafts-, macht- und staatszentrierte[n] Begriff der Politik“ und einem „bürgergesellschafts- und konsenszentrierte[n] Politikbegriff“ (22). Diese Differenz dient ihm zu einer kritischen Diagnose der Moderne als einer staatszentrierten Ordnung, in der bürgergesellschaftliche Politik verunmöglicht wird. Allerdings gebe es auch Anzeichen einer „Rückkehr des Bürgers“ (27), was für *Gebhardt* der Anlass ist, sich nochmals den ideengeschichtlichen Quellen des Bürgerideals zuzuwenden. Die Rekonstruktion solch unterschiedlicher Denker von Herodot bis John Adams läuft auf die These hinaus, dass auch dem modernen Verfassungsstaat ein „republikanischer Diskurs zugrunde“ (49) liege. Am Ende des vergleichsweise langen Beitrages stellt sich jedoch die Frage, wie diese optimistische Deutung mit den modernekritischen Passagen zu Beginn in Übereinstimmung gebracht werden kann.

Dem „Eigentümer als Bürger“ und damit dem liberalen Verständnis von Partizipation wendet sich *Samuel Salzborn* zu. Im Mittelpunkt stehen dabei die Auffassungen von John Locke und Adam Smith, wobei *Salzborn* zu dem Urteil gelangt, dass Locke durchaus Raum für eine „inkludierende Partizipationsvorstellung“ (66) lasse, wohingegen Smith einen klassischen Marktliberalismus vertrete, der sich auch gegen die Forderung nach Partizipation richten könne.

Nach der Lektüre der weiteren Aufsätze des Bandes gewinnt man freilich den Eindruck, dass nicht der bürgergesellschaftliche Republikanismus und auch

nicht ein demokratisch interpretierter Locke, sondern das marktradikale Denken von Smith die aktuelle Politik bestimmt. Jedenfalls zeugen die meisten Beiträge von einer gewissen Ernüchterung hinsichtlich des gegenwärtigen Zustandes der Demokratie im Allgemeinen und der zivilgesellschaftlichen Partizipation im Besonderen. So stellt *Martin Beasler* in seiner Rekonstruktion des Neorepublikanismus von Pocock, Skinner und Pettit zu Recht die Frage, „wie sich die republikanische Freiheit ungeachtet etwa der sozioökonomischen Kluft zwischen Armen und Reichen etablieren lässt“ (88). Auch *Winfried Thaa* verweist am Ende seines erhellenden Beitrages über „Partizipation und Repräsentation“, in dem er die Aufwertung repräsentativer Mechanismen in der politischen Theorie der Gegenwart rekapituliert, auf eine „wachsende soziale Selektivität der politischen Repräsentation“ (126) hin. Überzeugend ist nicht zuletzt seine Aufforderung, gerade bei der Etablierung von „anspruchsvolleren Formen der Partizipation“ (127) der Gefahr der sozialen Selektivität und damit der Aufgabe des Ideals der politischen Gleichheit zu beugen.

Die Relevanz dieser Befürchtungen zeigen die Ausführungen von *Gary S. Schaal* und *Claudia Ritzi* zur deliberativen Partizipation. Sie kontrastieren in ihrem überaus lesenswerten Beitrag die normativen Postulate der deliberativen Demokratietheorie mit den Ergebnissen der empirischen Deliberationsforschung und kommen zu einem ernüchternden Ergebnis. Mit Blick auf deliberative Foren, an denen die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar teilhaben, machen *Schaal* und *Ritzi* auf zwei Defizite aufmerksam. So weisen die entsprechenden Arenen wie Bürgerversamm-

lungen und Mediationsverfahren einen „sozialen Bias“ (140) auf, der sich aus der unterschiedlichen individuellen Ressourcenausstattung, etwa hinsichtlich Bildung, Einkommen und sozialem Status ergibt. Ressourcenstarke Bürger nehmen entsprechend häufiger an den deliberativen Verfahren teil. Diese soziale Selektivität betrifft jedoch zweitens nicht nur den Zugang zu den deliberativen Arenen, sondern wirkt auch im Prozess der Deliberation selbst, wie sie im Anschluss an Überlegungen von Iris Marion Young aufzeigen. Denn es ist nicht zuletzt ihr rhetorisches Geschick, aber auch die ihnen zugeschriebene Kompetenz, welche die Argumente der Bürgerinnen und Bürger als überzeugend erscheinen lassen. Vor dem Hintergrund dieser durchaus realistischen Ausführungen bleibt allerdings das Fazit, es komme auf die „Optimierung“ deliberativer Verfahren „auf der Basis politikwissenschaftlicher Forschung“ (151) an, (noch?) zu sehr in der „Ohnmacht des bloßen Sollens“ (Hegel) gefangen.

Die Ausführungen zu „Staatlichkeit und Partizipation aus feministischer Sicht“ von *Ursula Degener* und *Beate Rosenzweig* sowie die zu Chantal Mouffes Demokratietheorie von *Astrid Sigglow* werfen mehr ein zusätzliches Licht auf die exklusiven Tendenzen realer Partizipationsformen in westlichen Demokratie, als dass sie anzugeben vermöchten, wie diese Partikularitäten zu überwinden seien. Gleichwohl verweist etwa die Forderung, demokratische „Protestformen und die fortgesetzte Infragestellung der Inklusivität staatlicher Entscheidungen“ als ein „notwendiges Korrektiv“ (169) bestehender demokratischer Ordnungen zu begreifen, auf jene Formen zivilgesellschaftlicher Beteiligung, die sich nicht

mit den etablierten Verfahren begnügen.

Die in den abschließenden Beiträgen zur Partizipation jenseits des Staates (*Anna Meine*), zur E-Governance (*Steffen Albrecht*) und zum Losverfahren (*Hubertus Buchstein*) thematisierten *Neuen Formen der Partizipation* stehen auch im Zentrum des von *Dorothee de Neve* und *Tina Olteanu* herausgegebenen Sammelbandes. Gegenstand der insgesamt elf Beiträge sind unter anderem Massenverfassungsbeschwerden (*Christian Schreier*), eine kritische Betrachtung von Losverfahren (*Daniel Baron*), LeserInnenbriefe und Predigten (*de Neve*), politisch motivierte Graffiti (*Oltenau*), Flashmobs (*Sara Göttmann*) und nicht zuletzt die Proteste von „Occupy Wall Street“ (*Stefanie Wöhl*). Bereits dieser Überblick zeigt, dass sich in etablierten Demokratien eine Vielzahl von Partizipationsformen jenseits von Wahlen und Parteiengagement beobachten lässt. Manche wirken etwas bieder, wie das Beschreiten des Klageweges oder das Verfassen von Leserbriefen, sind bislang aber eher am Rande als Formen politischer Partizipation politikwissenschaftlich untersucht worden. Auch andere wie Graffiti und Flashmobs sind bislang kaum erforscht worden. Die Beiträge zu diesen Praktiken laufen auf die These hinaus, dass politische Äußerungen in vielerlei Weisen erfolgen können und es daher gute Gründe gibt, politische Partizipation auch jenseits der etablierten Kanäle ernst zu nehmen.

Gleichwohl muss gefragt werden, inwieweit es sich dabei um politische wirkungsvolle Formen des Protestes handelt. Inwieweit besitzt etwa ein Flashmob, der Wahlkampfauftritte von Angela Merkel mit einem inhaltslosen „Yeaahh“ begleitet, tatsächlich eine po-

litische Dimension? Was erzeugt Graffiti, außer dass ein diffuses Unbehagen artikuliert wird, welches von den politischen Eliten wahrgenommen wird oder – wahrscheinlicher – auch nicht. Wenn die Herausgeberinnen in ihrer Schlussbetrachtung die Frage aufwerfen, ob die vorgestellten Partizipationsformen den Bürgern „lediglich Mitsprache, Teilhabe, Einfluss oder Gestaltungs- und Handlungsmacht gewähren“ (300f.), dann wird ja vorausgesetzt, dass sie zumindest ersteres bewirken. Muss man nicht realistischerweise davon ausgehen, dass diese Formen der Partizipation, eben weil sie so diffus sind, zunächst und zumeist ausgesessen werden können? Kurzum, gerade bei besonders unkonventionellen Formen der Partizipation dürfte der politische Einfluss gering sein, wie die Herausgeberinnen in einer tabellarischen Übersicht (289) auch selbst einräumen.

Mehr Einfluss verspricht dagegen der Rechtsweg, wie in den Beiträgen von *Christian Schreier* zu „Massenverfassungsbeschwerden“, etwa gegen die Vorratsdatenspeicherung, und von *Gesine Fuchs* zur „strategischen Prozessführung“ deutlich wird, bei der bislang diskriminierte Minderheiten über den Klageweg ihre Anliegen durchzusetzen versuchen. *Fuchs* führt als Beispiele die berufliche Gleichstellung von Frauen sowie die Bemühungen zur Reform des Transsexuellengesetzes als erfolgreiche Politikstrategien an. Aus einer demokratietheoretischen Perspektive betrachtet sind diese Partizipationsformen jedoch ambivalent. Wie etwa Charles Taylor und Michael Sandel mit Blick auf die politische Kultur der USA gezeigt haben, stellt die seit einiger Zeit auch in der deutschen Politikwissenschaft diskutierte zunehmende Verrechtlichung politischen Handelns eine Folge des

Umstands dar, dass die Bürgerinnen und Bürger sich nicht mehr als Partizipierende an einem gemeinsamen Projekt verstehen, nicht mehr über eine kollektive Identität verfügen und auch ihren Mitmenschen immer weniger trauen, da sie so wenig mit ihnen gemein haben. Der Bedeutungszuwachs des Rechtsweges ist aus dieser Perspektive dann auch mehr ein Symptom für den Verfall als ein Beleg für die Lebendigkeit der demokratischen Kultur. Hätten die Herausgeberinnen die Entwicklung neuer Formen zivilgesellschaftlicher Partizipation stärker in eine gesellschaftstheoretische Perspektive eingebunden, so wären sie vielleicht zu einem weniger optimistischen Ausblick gelangt.

Dirk Jörke

De la Rosa, Sybille. *Aneignung und interkulturelle Repräsentation. Grundlagen einer kritischen Theorie politischer Kommunikation*. Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaften 2012. 276 Seiten. 39,95 €.

Das Buch von Sybille de la Rosa stellt eine normative Basis für die friedliche Konfrontation unterschiedlicher Kulturen bereit. Dazu entwickelt es ein theoretisch begründetes, kritisch intendiertes Konzept interkultureller Kommunikation, dessen Fixpunkt der Begriff der Aneignung ist. Nachdem *de la Rosa* dessen Problematik innerhalb der Forschung anschaulich macht, führt sie in die für ihren Ansatz elementare Unterscheidung von reaktiv-imitierender und aktiv-intentionaler Aneignung ein, wobei sie bei letzterer noch eine instrumentelle und eine freiwillig-dialogische Form unterscheidet (49). In kritischer Absicht konzentriert sich *de la Rosa* auf die freiwillig-dialogische Form und

entwickelt hierfür eine systematische Begründung. Dazu bettet sie im zweiten Kapitel den Aneignungsbegriff in eine umfangreiche philosophische Tradition ein, die von Herder, Marx und Heidegger bis in die moderne interkulturelle Philosophie hinein reicht. Mit Bezug auf Arendt und deren Handlungsbegriff wird an dieser Stelle bereits ein heuristisches Aneignungskonzept umrissen, bei der eine offene Interaktion gemeinsames Sprechen und Handeln erlaubt, wodurch Menschen sich dialogisch fremde Dinge aneignen können.

Der Aneignungsprozess soll frei und offen sein. Um dies zu begründen, entfaltet die Autorin im dritten Kapitel unter Rekurs auf Gadamer das Konzept der Kreativität. Nach Gadamer wird die bereits schriftlich fixierte Rede immer wieder angeeignet, dementsprechend wird auch die Welt immer wieder durch die Bildung von Begriffen neu beschrieben. Das erlaubt, auf den produktiven, nicht zerstörerischen Charakter der Aneignung hinzuweisen, doch geht Gadamer nicht weiter auf das damit verbundene kreative Potential ein und beschränkt sich vorrangig auf Klassisches und Vergangenes. Nach *de la Rosa* wird damit das Anzueignende aber schon zu einem Teil des Eigenen gemacht, womit sich dieser Aneignungsbegriff für interkulturelle Kommunikation, bei der es um die Sensibilität gegenüber dem Fremden geht, nicht ohne weiteres eignet. Deshalb greift sie im vierten Kapitel auf Taylor zurück und entwickelt aus seinen Ansätzen des Ausdruckhandelns und der Identität ein Konzept interkultureller Kommunikation (126). Damit in diesem Konzept keine Nivellierung von kulturellen Grenzen erfolgt, das heißt, das Andere nicht seiner Andersheit beraubt wird, darf in dem Austauschprozess die ei-